L-1-147-5 Für eine offene und solidarische Gesellschaft – gegen den Hass

Antragsteller*in: Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Lisett Stuppy (KV Donnersberg), Caroline Blume (KV Mainz), Daniel Köbler (KV Mainz), Sebastian Hebler (KV Mainz)

Änderungsantrag zu L-1

Nach Zeile 147 einfügen:
Dem aktuellen Erfolg von Rechtpopulist*innen wirkt man nicht nur entgegen, indem man ihre menschenfeindlichen Forderungen entlarvt und Politik besser nachvollziehbar macht, sondern auch, indem man eine sozial gerechtere Politik macht, als dies die Bundesregierungen in den letzten Jahren getan haben. Mit einer Politik für eine gerechtere Gesellschaft wird nicht nur der soziale Zusammenhalt gestärkt, sondern auch Rechten der Wind aus den Segeln genommen. Arm und Reich dürfen nicht weiter auseinanderdriften, damit die Zahl derjenigen, die sich gesellschaftlich abgehängt fühlen, nicht weiter zunimmt. In kaum einem anderen Land der Euro-Zone ist die Vermögensungleichheit größer als in Deutschland. Die eingeschränkte Teilhabe von vielen und die enorme Konzentration des Wohlstandes bei wenigen gefährden unsere Demokratie. Um Unzufriedenheit und Ungerechtigkeit zu begegnen, müssen wir den gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand in unserem Land fairer verteilen.

Begründung

erfolgt mündlich